

## Kleine Anfrage 282

der Abgeordneten Iris Schülzke  
fraktionslos

an die Landesregierung

### Brand- und Unfallschutz bei Windkraftanlagen im Wald

Bei der Erteilung von Baugenehmigungen für Windenergieanlagen im Wald scheint es unterschiedliche Richtlinien bei der Sicherstellung des präventiven Brandschutzes zu geben. Auch ist die Verkehrserschließung und der Zugang zu Löschwasser bei Windparks im Wald unerlässlich. Dies betrifft besonders ein für Schwerlastverkehr befahrbares Wegenetz, welches Voraussetzung für ein standortspezifisches Brandschutzkonzept ist. Dieses muss planerische, abwehrende, anlagentechnische und organisatorische Brandschutzmaßnahmen umfassen.

Üblicherweise können brennende WEA nicht gelöscht werden, da die Feuerwehren nicht über eine Ausrüstung für die Brandbekämpfung in großen Höhen verfügen. Die Feuerwehren bleiben statt dessen auf Abstand, lassen die WEA abbrennen und versuchen, außerhalb des Sicherheitsabstands eine Ausbreitung des Brandes auf die Umgebung zu verhindern. Hierzu benötigen sie Zufahrtswege, die die Umgebung in alle Richtungen abdecken. Im Gegensatz zum Windpark in Großräschen verfügt der Windpark Ölsig-Buchhain nicht über ein Ringwegenetz, das für Schwerlastverkehr geeignet ist. Bisher wurden nur jeweils Zufahrten zu den einzelnen Windkraftanlagen hergestellt. Die übrigen Waldwege sind - auch durch den Verkehr, der durch die Wartungsfahrzeuge entsteht - teilweise unbefahrbar für Feuerwehrfahrzeuge.

Die Löschwasserversorgung soll über Tiefbrunnen erfolgen, wobei zusätzliche Aggregate erforderlich sind, um im Brandfall Löschwasser zur Verfügung zu haben. Freiwillige Feuerwehren verfügen in der Regel nicht über die erforderlichen Aggregate und auch nicht über die notwendigen Dieselvorräte um bei großen Waldbränden die Tiefbrunnen zu nutzen.

Der Presse war zu entnehmen, dass Teile von brennenden Windkraftanlagen bis zu 400 m entfernt herabstürzen. Die Kiefernwälder im Gebiet Ölsig-Buchhain sind in die höchste Brandgefährdungsklasse eingestuft. Von der Gefahr durch herabstürzende Teile sind auch Nachbargrundstücke betroffen. Deren Waldbestand ist somit einer erheblichen zusätzlichen Brandgefahr, die durch Blitzschlag, technische Defekte an den WEA oder ähnliches verursacht werden kann, ausgesetzt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie wird sichergestellt, dass eine qualifizierte Erschließung erfolgt und wer überprüft dies?
2. Wer prüft die Erfüllung der brandschutztechnischen Forderungen und Auflagen und wer setzt entsprechende Sanktionen durch, wenn die Auflagen nicht erfüllt werden?
3. Die Unterhaltung der Zufahrtswege, der Winterdienst und die Betriebsfähigkeit der Feuerlöschbrunnen ist in der Regel durch die Betreiberfirma der WEA zu gewährleisten. Da die WEA häufig ihren Besitzer wechseln, ist es für die betroffenen Gemeinden oft unmöglich die Verantwortlichen zu erreichen. Wie will die Landesregierung sicherstellen, dass bei technischen Problemen, Bränden oder Unfällen Verantwortliche für diese WEA erreichbar sind? Warum werden an den Anlagen bisher keine ausreichenden Hinweise auf die Verantwortlichen angebracht, so wie es sonst bei technischen Anlagen üblich ist?
4. Welche Maßnahmen werden umgesetzt bzw. sind zukünftig angedacht um diese Situation zu verbessern?
5. Wenn es durch WEA auf Nachbargrundstücken zu Brandschäden kommt, wer haftet für diese Schäden? Nach Auskunft einiger Versicherungen regulieren die Versicherer keine Schäden, die an Nachbargrundstücken entstehen.
6. Sind die Betreiber von WEA gesetzlich zum Abschluss einer Betriebshaftpflichtversicherung verpflichtet? Wenn Ja: welchen Versicherungsumfang und welche Deckungssummen muss diese Versicherung laut Gesetz mindestens aufweisen?
7. Die Abstandsflächen beim Bau von WEA berücksichtigen nur die Rotorfläche, nicht die Fläche die erfahrungsgemäß bei Bränden durch herabstürzende Teile betroffen ist. Wenn Nachbarn ihre Zustimmung zum Bauvorhaben verwehrt haben und das Einvernehmen durch die bearbeitende Behörde ersetzt wurde, wer ist dann bei eingetretenen Schäden in Verantwortung zu nehmen?
8. Windenergieanlagen sollen etwa 20 Jahre betriebsfähig sein. Wie wird sichergestellt, dass eine eben solange Zeit die erschließungstechnischen Voraussetzungen erfüllt sind und wer ist für die langfristige Kontrolle verantwortlich?
9. Werden bei Nichterfüllung der Bauauflagen WEA außer Betrieb genommen, wer ist dafür verantwortlich und ist diese Situation im Land Brandenburg schon eingetreten?  
Wenn ja, wo und wann und welche Mängel waren die Ursache? (Bitte einzeln kurz beschreiben!)